

Bezugspreis: Inland: Die einpaltige Coloneltelle 18 Rappen. Österreich: Die einpaltige Coloneltelle 20 Rappen. Schweiz: Die einpaltige Coloneltelle 20 Rappen. Deutschland: Die einpaltige Coloneltelle 20 Rappen. Frankreich: Die einpaltige Coloneltelle 20 Rappen. Belgien: Die einpaltige Coloneltelle 20 Rappen. Italien: Die einpaltige Coloneltelle 20 Rappen. Spanien: Die einpaltige Coloneltelle 20 Rappen. Portugal: Die einpaltige Coloneltelle 20 Rappen. Griechenland: Die einpaltige Coloneltelle 20 Rappen. Türkei: Die einpaltige Coloneltelle 20 Rappen. Bulgarien: Die einpaltige Coloneltelle 20 Rappen. Rumänien: Die einpaltige Coloneltelle 20 Rappen. Serbien: Die einpaltige Coloneltelle 20 Rappen. Jugoslawien: Die einpaltige Coloneltelle 20 Rappen. Albanien: Die einpaltige Coloneltelle 20 Rappen. Griechenland: Die einpaltige Coloneltelle 20 Rappen. Türkei: Die einpaltige Coloneltelle 20 Rappen. Bulgarien: Die einpaltige Coloneltelle 20 Rappen. Rumänien: Die einpaltige Coloneltelle 20 Rappen. Serbien: Die einpaltige Coloneltelle 20 Rappen. Jugoslawien: Die einpaltige Coloneltelle 20 Rappen. Albanien: Die einpaltige Coloneltelle 20 Rappen.

Oberrheinische

Postblätter

Anzeiger für Liechtenstein und Umgebung.

Erscheint jeden Mittwoch und Samstag in Vaduz

Abonnements nehmen entgegen im Inland: Die Zeitungsboten und die Redaktionen in Vaduz (Postfach); in der Schweiz und im übrigen Ausland: Die Buchdruckerei A.-G. in Mels, die Poststellen und Verwaltungen. Inserate nehmen die Redaktion, die Verwaltung, die Zeitungsboten und die Buchdruckerei entgegen u. müssen spätestens am Freitag vor dem Drucktag bei der Redaktion ankommen. Schriftliche Anträge sind zu richten an die Redaktion. Einmalige Anzeigen sind zu zahlen. Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Rückgabe von Briefen. — Druck und Expedition: Buchdruckerei A.-G., Mels (Telefon 55.)

Landtagssitzung vom 29. September.

Anwesend sind alle Abgeordneten und als Regierungskommissar Herr Dr. Beer. Zuhörer circa 20.

Vor Behandlung der Tagesordnung dankt der Präsident der jüngsten Ereignisse, dankt dem scheidenden Landesverweser Prinz Karl für die dem Lande geleisteten Dienste und erwähnt, daß der Landesfürst den Herrn Hofrat Dr. Beer provisorisch auf die Dauer eines halben Jahres zum Leiter der Regierungsgeschäfte ernannt habe. — Herr Dr. Beer dankt dem Vorsitzenden und führt aus, daß er zwar ein Ausländer, aber doch kein Fremder sei in Liechtenstein; denn in Schaan habe er seinerzeit die Schule besucht und als Anwalt sei er oft nach Liechtenstein gekommen. Für die kurze Zeit seines Hierseins liege viel Arbeit zur Bewältigung vor. Einigkeit sei notwendig. Wenn alles zusammenhelfe, werden die Aufgaben zum Wohle des Landes gelöst werden können.

Hierauf wird das Protokoll der letzten Sitzung verlesen und genehmigt. Es gelangt zur Behandlung:

1. Das Gesetz betr. die Einhebung einer staatlichen Malsteuer und einer Ausfuhrsteuer für Branntwein.

Der Kommissionsantrag lautet auf 50 Rappen pro Hektoliter bei einer Malmenge bis 12 Hektoliter und 1 Fr. für jeden Hektoliter, wenn eine Partei mehr als 12 Hektoliter brennen will. Bei der Ausfuhr von Branntwein nach Österreich hat die Einhebung einer Ausfuhrsteuer während des Bestandes des liechtensteinisch-österreichischen Handelsabkommens zu unterbleiben. — Abg. Büchel legt dar, daß 50 Rp. auch dann genug seien, wenn einer mehr als 12 Hektoliter Malische habe, er schlage vor, für jeden Hektoliter 50 Rp. zu bestimmen, gleichviel, ob eine Partei viel oder wenig brenne. Nachdem noch Waller, Soop, Dr. Beer, Marxer und Dr. Beck zur Sache gesprochen haben, wird der Antrag Büchel einstimmig angenommen.

2. Grundsteuer.

Der Antrag lautet dahin, daß die von dem Besitzer für einen mindestens 2 Monate alten Hund zu entrichtende jährliche Grundsteuer vom Jahre 1920 an Fr. 15 betragen soll, gleichviel, ob der Hund das ganze Jahr oder nur einen Teil desselben gehalten wird. Das Gesetz wird mit der Befugnis angenommen, daß die Regierung ermächtigt wird, in besonders begründeten Fällen die Steuer zu ermäßigen oder ganz zu erlassen, wie schon bisher gehandhabt wurde (einsame Gehöfte).

3. Kommissionsantrag betr. Subvention eines Automobilunternehmens zur Personen- und Postbeförderung.

Herr Abg. Wanger hat sich dem Lande gegenüber angeboten, zwischen Eichen und Val-

zers ein Jahr lang täglich mindestens zweimal den Transport von Personen und der Postfächer zu besorgen gegen eine jährliche Subvention von 15,000 Fr., wovon 5000 Fr. gleich zu bezahlen wären. Die Verkehrskommission befürwortet die Subvention und hat einvernehmlich mit dem Unternehmer folgende Fahrpreise festgelegt:

Schaan—Vaduz	Fr. 0.50
Schaan—Triesen	" 1.—
Schaan—Balzers	" 1.50
Schaan—Bendern	" 0.50
Schaan—Eichen	" 1.—
Bendern—Eichen	" 0.50
Eichen—Rendeln	" 0.50

Der Wagen hat 12 Sitzplätze. Der Präsident sagt, daß seit dem Beschlusse der Verkehrskommission drei weitere Schreiben eingelaufen seien. Herr Legationssekretär Dr. Beck in Bern teilt mit, daß die Schweiz bei Übernahme der Post bereit sei, in Liechtenstein auch Autos verkehren zu lassen, wie z. B. zwischen Buchs—Bildhaus und zwar über Grabs, Gams, Bendern, Schaan, Balzers, Trübbach und umgekehrt. Das Nähere wird erst beraten werden. Es würde sich also nur um Beförderung der Fahrten bis Neujahr handeln. Der Vorsitzende liest weiter eine Eingabe des Herrn Schlumpf, Schaan, vor, der ausgenutzt wäre, den Autoverkehr im Lande zu übernehmen. — Endlich offeriert sich der frühere Postkellner Vogt aus Balzers zur Übernahme der Postfahrten wie früher von Balzers bis Schaan und zurück, täglich zweimal, um Fr. 5000; auch wären die Fahrpreise etwas billiger als bei der Offerte Wanger. Abg. Sprenger ist für einen Vertragsabschluss mit Vogt, weil das Land billiger zu stehen komme. Abg. Schädeler ist ebenfalls für die Offerte Vogt. Er verlangt aber, daß das Unterland endlich auch die gleichen Verkehrsmittel erhalte, denn die dortigen Bürger bezahlen die gleichen Steuern wie jene im Oberland. Die Gamptriner haben Anspruch auf ein eigenes Telephon; nach Bendern sei es zu weit. Es dürfte einen nicht wunder nehmen, daß die Rhodgranne unten oft zu spät ausgetragen werden, denn diese Leute erhalten hierfür bloß 20 Heller, d. h. 1/2 Rappen! Man solle die Dienstleistungen antäuflich bezahlen, damit sie ihre Pflicht tun können. Er unterstützt die Anregung Peter Büchels, daß Maurer ein Postamt erhalte und bemerkt, daß er persönlich für ein Auto wäre, aber als Abgeordneter sei er für das Billigere. Am Neujahr komme dann so der Autoverkehr von der Schweiz. — Abg. Büchel wünscht ebenfalls, daß das Unterland berücksichtigt werde. Ein Brief ins Oberland brauche 3—4 Tage. Maurer sollte ein Postamt bekommen. Wenn allerdings die Einrichtung des Verkehrs im Oberland nur provisorisch wäre, könnte er sich noch damit einverstanden erklären, daß die Fahrgelegenheit im Unterland erst bei der definitiven

Regelung geschaffen werde. Er würde mit der Schweiz Fühlung nehmen, um zu erfahren, wie teuer dann die Sache komme. Der Autoverkehr solle nicht aus dem Auge gelassen werden. — Abg. Dr. Rip führt aus, daß er schon auf die letzte Sitzung schriftliche Anträge eingebracht habe, deren Inhalt sich mit den Ausführungen der beiden Vorredner decke, damals sei es aber zur Behandlung zu spät gewesen. Er trägt Herrn Wanger an, wann der Betrieb beginnen könne und kontatiert, daß er keinen Antrag vor jenem Wangers gestellt hatte. — Abg. Rip sagt, daß das Auto Grabs—Buchs für die Rheinfurde zu hoch sei und will, daß Muggell auch Fahrgelegenheit bekomme, denn es habe keine Brücke und sei überhaupt abgeschlossen. Er erkundigt sich nach dem Verträge mit dem Inhaber der bisherigen Postfahrten. — Abg. Wolfinger ist für die Offerte Vogt, weil sie billiger sei; provisorisch genüge das. — Abg. Marxer schlägt sich den Ausführungen Büchels an, für das Unterland müsse auch etwas geschehen. Als bleibender Verkehr komme später nur ein Auto in Betracht.

Abg. Wanger erklärt, daß der Verkehr mit dem Auto in ca. 3 Wochen beginnen könnte. Falls das Unterland auch in dem Verkehr einbezogen werden solle, frage es sich, ob es dann mit Pferden nicht ebenso teuer komme wie mit einem Auto. — Dr. Beck stellt fest, daß Wanger das Verdienst genieße, die Sache in den Fluß gebracht zu haben. Er spricht sich für den Antrag der Kommission aus und wünscht, daß die Angelegenheit rasch erledigt werde. — Abg. Waller will das Unterland auch berücksichtigt wissen. — Abg. Soop ebenfalls, aber man habe schon lang versprochen, es sei jedoch wenig gehalten worden. Endlich wird dann mit allen gegen 2 Stimmen der Antrag Schädeler-Büchel angenommen, daß die Regierung sofort mit dem jetzigen Inhaber der Postfahrten verhandle, mit Herrn Ferd. Vogt einen Vertrag gegen einmonatliche Kündigung abschließen und bezüglich des Autoverkehrs im Unterland mit der Finanzkommission dem Landtage einen Antrag stelle.

4. Landesfinanzen.

Der Antrag der Finanzkommission lautet: Die jährliche Regierung wird erühd, über den Stand der Landesfinanzen und der Landesfinanzen baldigst Bericht zu erstatten. — Abgeordneter Schädeler begrüßt diese Maßnahme und fügt bei, daß er schon früher die Aufstellung der Staatserrechnung und des Budgets verlangt habe. — Abg. Dr. Beck findet es für selbstverständlich, daß dergleichen fürderhin von selbst zu geschehen habe, ohne daß sich der Landtag dahinter mache. Einstimmig angenommen.

5. Definitive Gehaltsregulierung aller Staatsangestellten.

Die Volksschullehrer erziehen um eine 150-prozentige Erhöhung. Auch alle andern Staats-

angestellten beanspruchen eine definitive Regelung der Gehaltsverhältnisse für die nun kommende ruhige Nachkriegszeit, d. h. hoffentlich lange Friedenszeit. — Abg. Wolfinger sagt, daß das Land gegenwärtig kein Geld habe. — Abg. Sprenger erwähnt das gleiche und fügt bei, daß man sollte bei einer Neuregelung den Angestellten soviel bewilligen können, daß sie nicht immer wieder kommen müßten. — Abg. Waller resümiert die Besprechungen in der Kommission dahingehend, daß die Notwendigkeit auszubehalten eingesehen werde. Lehrer, Beamte und Diener seien in gleicher Weise zu berücksichtigen, jedoch habe die Kommission die Ansicht, die Regelung bis nach Neujahr zu verdrücken.

Abg. Schädeler ist gegen die 150 Prozent, weil eine solche allgemeine Erhöhung ungerecht wäre; denn der eine der Staatsangestellten arbeite das ganze Jahr, der andere dagegen nur eine Woche im Jahr. Die Arbeit solle allerdings bezahlt werden. Es müsse aber verlangt werden, daß jeder Staatsangestellte soviel leiste, als beispielsweise jene in seinem Range und in seiner Kategorie im Kanton St. Gallen. Wenn dann bei uns die gleichen Lebensmittelpreise seien wie über dem Rhein drüben und die gleiche Arbeit gemacht werde wie dort, so sollen bei der endgültigen Regulierung auch die Befoldungsverhältnisse vom Nachbaranton St. Gallen als Richtschnur genommen werden. Heute habe das Land kein Geld. Die Regierung möge in diesem Sinne eine Vorlage ausarbeiten und noch dieser Landtag solle die Sache für lange Zeit regeln; es müsse aber rechtzeitig sein, denn der Landtag gehe im Jänner auseinander und im Februar seien schon die Neuwahlen. — Abg. Peter Büchel findet es für selbstverständlich, daß man die Staatsangestellten so bezahlt, daß sie leben können. Die Angelegenheit soll aber nicht auf die lange Bank geschoben werden. — Abg. Wanger sieht in der fortwährenden Antwort, das Land habe kein Geld, eine Ausrede. Man solle den Leuten soviel geben, daß sie auskommen können. — Abg. Dr. Rip ist zwar gegen die 150-prozentige Erhöhung, weil das Land es jetzt nicht leisten könne, glaubt aber doch, daß man den niederen Beamten schon jetzt etwas mehr geben könnte, denn sie haben weniger als ein Arbeiter. Auf eine diesbezügliche Anfrage gibt er Auskunft über die Einnahmen aus dem Marken-Erlös. — Der Präsident findet, daß wir auf die Markeneinnahmen das Budget nicht aufbauen können. Nächstes Jahr hoffen wir eine sichere Einnahme aus dem Zollvertrag. — Abg. Dr. Beck ist auch für Vertagung und macht auf die Landesfinanzen aufmerksam. — Nun wird die Beschlusfassung bis Neujahr vertagt, eine dreigliedrige Kommission, bestehend aus den Abgeordneten Dr. Beck, Soop und Peter Büchel soll die Verhältnisse im Sinne der gemachten Anregungen studieren und dann

Feuilleton.

Der Kunzebauer.

Roman von A. Seyffert-Ringer.
Die Frau strich mit der Hand über die Stelle, wo die Venen gelegen hatten. „Sie haben mir, als ich Sie zurückwies, gebroht, mein Leben zu vernichten und sich nicht scheuen, der Dredie Tat folgen zu lassen. Wie groß Ihr Unrecht war, darüber hat ein Höherer zu entscheiden.“
„Aber ich will doch gut machen, soweit ich es vermag; erlauben Sie mir es doch, Brigitte, geben Sie zu, daß ich süßne, was ich gefehlt. Ich entbehre das Geld nicht, bin im Gegenteil froh, wenn ich einmal gutes damit stiften kann. Ich gehöre zu den Glückseligen, die zeitweise über ein großes Vermögen verfügen und dann wieder nichts besitzen. Wir wissen alle beide nicht mit Geld umzugehen, weder meine Frau noch ich.“
Mit einer strengen Bewegung wehrte die Frau ab. „Mein verlorenes Jugendglück können Sie mir nicht zurückschaffen, Herr Doktor, meine Tochter nicht erwecken. Was ich brauche, das verdienen

ich schon. Ich wüßte nicht einmal, was ich mit Ihrem Gelde oder mit meiner Zeit anfangen sollte, wenn ich es nicht mehr nötig hätte, zu arbeiten.“
„Aber, Brigitte, es kann Ihrem Sohn zugute kommen!“
Wieder schüttelte sie herb verneinend den Kopf. „Zu spät, Herr Rechtsanwalt, — Ihre Hilfe kommt viel zu spät. Wer in kümmerlichen Verhältnissen groß geworden ist, und bekommt plötzlich einen großen Waden in die Hände, wird leicht aus dem Gleichgewicht, verschwenberisch und träge. Ein kleines Bild kann keinen großen Rahmen brauchen. So ist auch mit den Menschen. Wer an die Enge gewöhnt ist, findet sich in Weiten schwer zurecht. Mein Junge ist tüchtig und arbeitsam, er braucht kein Almosen.“
Noch während die Frau sprach, wurde die Tür geöffnet und ein stattlicher Bursche in blauer Arbeitsbluse mit einem treuerzigen, hübschen Gesicht trat über die Schwelle.
Er hatte das Kraushaar und die braunen Augen seiner Mutter. Sein Wesen war herb, doch von einer ursprünglichen Güte und Bärtlichkeit durchweht.
Die letzten Worte mußte er gehört haben. Er-

staut müsterte er den Fremden, nachdem er ihn bescheiden begrüßt hatte.
„Wie kommst du auf eine solche Bemerkung, daß ich keine Almosen brauche, liebe Mutter? Ich habe doch mein ganzes Leben noch keinen Menschen angebettelt.“
„Das hat auch keiner noch behauptet, mein Junge,“ sagte die Mutter, „aber der Herr dort,“ sie stotzte, fuhr dann aber rasch nach kurzem Zögern fort: „Warum soll ichs nicht sagen — hat mir früher einmal ein großes Unrecht zugefügt. Das wollte er nun mit Geld wieder gutmachen. Ich will aber kein Geld nicht, weder für mein Kind, noch für mich.“
Klaus Möller blickte von einem zum andern. „Und das habt ihr im Dunkeln ausgemacht.“
Er hatte schon ein Streichholz angezündet und die Glöde von der Lampe genommen, welche auf der Kommode stand.
Als es hell war, fixierte er den Fremden misstrauisch. Das sahle, düstere Gesicht deselben weckte keine Sympathie in ihm, die dunklen, flackernden Augen erregten sogar Entsetzen.
„Meine Mutter hat Recht daran getan, Ihr Geld zurückzuweisen,“ sagte er kurz angebunden,

„wir brauchen es nicht. Gott befohlen, Herr!“
Er öffnete weit die Tür, und Burrow nahm Leben noch nicht vorgekommen, wie in dieser Stunde. Es war, als sollte er ersticken vor heimlicher Wut und Qual.
Jetzt war es auch draußen fast dunkel, und doch schlug der Rechtsanwalt den Weg zum Walde ein. Dort kannte er jedes Gebüsch, die schmalsten Pfade, jede Schneise. Unter den alten Bäumen wollte er versuchen, wieder ins Gleichgewicht zu kommen.
2.
Klaus schloß hinter dem Rechtsanwalt die Tür und setzte die Lampe auf den Tisch.
Fragend sah er seine Mutter an. Aus seinen treuen Augen blickte ihr angstvolle Unruhe entgegen. „Sagt du irgendwelche Besichtigungen zu dem fremden Menschen, Mutter? Bist du — ihm verpflichtet?“
Lächelnd schüttelte Brigitte den Kopf. „Rechtsanwalt Burrow hat mir früher einmal schweres Unrecht zugefügt, das wollte er gutmachen. Er bot mir Geld, damit ich nicht mehr nötig habe, zu arbeiten. Einen sorgenfreien Lebensabend wollte er mir schaffen.“